Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 1-2

Artikel: Der Irrtum aus Überzeugung
Autor: Hubacher, Helmut
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340827

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Irrtum aus Überzeugung

«Der Sozialismus ist am Ende!» So frohlockt landauf, landab die Bourgeosie. Schwarz-weiss malen war schon immer ihre Spezialität, und die rote Farbe hat allemal Angst ausgelöst. Jahrzehntelang hat man sich damit begnügt, Liberalismus mit Antikommunismus gleichzusetzen. Inzwischen sind die bürgerlichen Parteien in den theoretischen Notstand geraten. Es fällt ihnen immer schwerer, den Mangel an eigener Liberalität zu überspielen. Mit dem Sturz der stalinistischen Regimes in Osteuropa klammern sie sich noch einmal an die alten Denkmuster und vermischen ebenso kühn wie wenig stichhaltig die Entwicklung der Sozialdemokratie mit jener des «real existierenden Sozialismus». SPS-Parteipräsident Helmut Hubacher setzt sich damit auseinander.

Von Helmut Hubacher

Michail Gorbatschow hat den Menschen in den Oststaaten mit dem Zauberwort «Perestroika» nicht nur Mut gemacht, sondern hat ihnen auch die Angst genommen. Die Angst, dass sowjetische Panzer einen Volksaufstand wie 1968 in Prag niederwalzen würden. Darnach ging alles unerhört schnell. Der «real existierende Sozialismus» in Polen, Ungarn, in der DDR und in der Tschechoslowakei, in Bulgarien und in Rumänien ist moralisch, ökonomisch und ideologisch in Konkurs gegangen. Die stalinistischen Machthaber wurden verjagt, ihre neukommunistischen Statthalter verwalten zum Teil noch das «rien ne va plus».

Die in den siebziger Jahren unter Bundeskanzler Willy Brandt eingeleitete Entspannungspolitik zwischen Ost und West war der Anfang. Das politische Klima in Europa wurde damit wärmer. Der seit Jahrzehnten geführte Kalte Krieg konnte durch vertrauensbildende Massnahmen sukzessive abgebaut werden, eindrücklich an der KSZE-Konferenz in Helsinki. Die «Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (KSZE), die USA und die Sowjetunion wirkten mit, brachten den eigentlichen Durchbruch. Ohne diese entspannungspolitischen Vorgaben wäre ein Michail Gorbatschow undenkbar gewesen.

Was wir in den letzten Monaten und Wochen an dramatischen, faszinierenden und systemverändernden Vorgängen mitverfolgten, ist das, was dereinst Geschichte ausmachen wird. Und wir waren live mit dabei.

Eigene Wege der Sozialdemokratie

Die im ausgehenden letzten Jahrhundert erstarkte internationale Arbeiterbewegung vereinigte ein enormes Hoffnungspotential in sich. «Völker, hört die Signale!» wurde zum Kennwort mit symbolischer Kampfkraft, unter dem die kapitalistische Vorherrschaft zusammenzubrechen schien. Die Russische Revolution von 1917 schien Anfang und Ende dieses Szenarios zu sein. Das damals ausgebeutete, weitgehend rechtlose Proletariat erkannte in dieser Revolution seine Befreiungschance. Begeisterung und Hoffnung waren grenzenlos, die späteren Enttäuschungen ebenso. Bald einmal zeichneten sich unterschiedliche Urteile zur Russischen Revolution ab. Schnell trennten sich die Wege zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Die historische Grösse der Russischen Revolution steht hier nicht zur Diskussion, sondern einzig die Frage, weshalb die Sozialdemokratie sich schon vor siebzig Jahren vom Kommunismus abgesetzt hat. Dass

dieser Prozess weder gradlinig noch konfliktfrei verlief, sondern die besten Köpfe dogmatisierte und absorbierte, gehört mit zu den Folgen der Russischen Revolution. Lenin propagierte die Diktatur des Proletariats auf dem revolutionären Weg, d. h. die Umgestaltung der Gesellschaft auf sozusagen einen Schlag. Die Sozialdemokratie wählte den evolutionären Weg der Reformen, verbunden mit dem Bekenntnis, dass Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie abzulehnen ist.

Der Bruch mit dem Kommunismus

Im Parteiprogramm der SPS heisst es im Abschnitt «Kein Sozialismus ohne Demokratie»:

«Obschon der Kommunismus sowjetischer Prägung den Sozialismus für sich in Anspruch nimmt, sind seine Doktrin und reale Existenz für uns Sozialdemokraten kein Vorbild. Dieser Sozialismus ist entartet. Vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus kann das sowjetische System nicht als sozialistisch bezeichnet werden. Die Macht im Sowjetstaat ist in den Händen der Einheitspartei und ihrer Bürokratie.»

Im Parteiprogramm ist auch nachzulesen, was wir unter Sozialismus verstehen:

«Sozialismus, wie wir ihn verstehen, enthält keine Entscheidung darüber, wie ein sinnvolles Leben aussieht. Er erstellt keine Vorschriften über die individuelle Lebensführung. Unser Sozialismus ist weder fixierte Weltanschauung noch ein Religionsersatz, sondern lässt Raum für weltanschaulichen Pluralismus und für freie Entscheidung des einzelnen in Gemeinschaft mit andern. Der demokratische Sozialismus soll mit demokratischen Methoden erreicht werden.»

Wo die Kommunisten die Macht übernahmen, schalteten sie den Parteipluralismus, die Medienvielfalt oder die offene Meinungsäusserungsfreiheit aus. Errichtet wurde der Einparteistaat. Im besten Fall wurden pseudobürgerliche Blockparteien zugelassen, wie beispielsweise in der DDR. Eine Sozialdemokratische Partei gab es im kommunistischen Machtbereich nirgends, nicht einmal als Alibipartei. Die Sozialdemokratie wurde überall, wo Kommunisten die Macht übernahmen, aufgelöst, zwangseinverleibt, liquidiert.

Der kommunistische Staatskapitalismus von Lenin über Stalin bis Breschnew basierte auf dem «demokratischen Zentralismus». Was heisst das? Als einzige Ideologie wurde der Leninismus-Marxismus anerkannt und toleriert. Abweichungen sind als «Revisionismus» und «Fraktionsbildung» in unzähligen Schauprozessen verurteilt worden. Der «demokratische Zentralismus» begründete die Vorherrschaft des Politbüros und Zentralkomitees, die Ausschaltung jeglicher parteiinterner Demokratie, den Einparteistaat, den hegemonialen Funktionscharakter der Armee, das gesellschaftspolitische Prinzip von Befehl und Gehorsam und damit die effektive Diktatur, deren Auswüchse in der Sowjetunion unter Josef Stalin besonders grauenhafte Ausmasse annahm. Der Bankrott in den osteuropäischen Staaten hat zudem schonungslos aufgezeigt, wie ineffizient das kommunistische Einparteisystem ist:

- Hauptmerkmale sind die Mangelwirtschaft, die Bürokratenwillkür und der Unterdrückungsstaat.
- Statt der klassenlosen Gesellschaft entstand die «Neue Klasse» der privilegierten Funktionäre.
- Die Umweltzerstörungen sind dramatisch, sind gigantisch: der kommunistische Staatskapitalismus hat Menschen und Natur gleichermassen schamlos ausgebeutet.
- Statt den Menschen einen akzeptablen Lebensstandard im Sinne von sozialistischer Lebensqualität zu ermöglichen, sind Ökonomie und Ökologie ausserstande, auch nur die primitivsten Bedürfnisse abzudecken.
- Das Mitmachen beim Rüstungswahnsinn war wichtiger als die soziale Gerechtigkeit für die Menschen in den eigenen oder in den Drittweltländern.

Als nach der Russischen Revolution die Kommunisten unter Führung von Lenin den ideologischen Monopolanspruch für die sozialistische Linke forderten, und als Lenin 1919 «seine» Internationale gegründet hatte, war der Bruch zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie unaufhaltsam geworden. In schmerzhaften Klärungsprozessen anfangs der zwanziger Jahre markierten die Sozialdemokraten mit der eigenen «Internationale», heute von Willy Brandt präsidiert, ihren eigenen Weg.

Wenn wir vierzig Jahre sozialdemokratische Mehrheit in Schweden der vierzigjährigen kommunistischen Vorherrschaft in der DDR oder in Rumänien gegenüberstellen, ist die Bilanz für die Sozialdemokratie hervorragend:

- Schweden ist ein Rechtsstaat auf der Grundlage eines sozialen demokratischen Gesellschaftssystems.
- Der Lebensstandard in Schweden gehört weltweit zu den besten, der soziale Ausgleich und die Einkommensverteilung sind vorbildlich.
- Schweden ist ein moderner Industriestaat mit einer leistungsfähigen Wirtschaft.
- Die soziale Sicherheit ist optimal gewährleistet, der Sicherheit von

Natur und Umwelt wird angemessene Bedeutung beigemessen.
- Die sozialen Einrichtungen, die stark forcierte Gleichberechtigung von Frau und Mann, die ausgebauten Bürgerrechte oder die starke Position der Arbeitnehmer im Betrieb sind Merkmale eines führenden Sozialstaates.

Wo die Sozialdemokraten nicht Mehrheitspartei, sondern in der Minderheit sind, wie z. B. in der Schweiz, haben sie zusammen mit den Gewerkschaften im sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen oder gesellschaftspolitischen Bereich mehr realisiert, als die Kommunisten in ihren Monopolstaaten.

Erich Fromm sagt: «Jeder Schritt ist von Bedeutung, wenn die Richtung stimmt.» Sozialdemokratische Politik war und ist es, Schritt für Schritt voranzukommen, nach der Erkenntnis, dass auch der längste Weg mit dem ersten Schritt beginnt. In der «Steinzeit» der Arbeiterbewegung, als Lenin und Stalin die weltanschauliche Hegemonie für die politische Linke beanspruchten, ist die Politik der Sozialdemokratie auch von kommunistischer Seite als Verrat und als Burgfriedenspolitik mit dem Bürgertum diffamiert worden. Über Jahre mussten sich die Sozialdemokraten von dieser Seite den Vorwurf gefallen lassen: «Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!»

Kalter Krieg gegen die Linke

In der Schweiz war und ist die SPS die dominierende Linkspartei. Die KP, nach dem Zweiten Weltkrieg als Partei der Arbeit präsentiert, verzeichnete eigentlich nur nach dem Kriegsende von 1945 eine kurze Konjunktur, allerdings im wesentlichen beschränkt auf Basel und Zürich in der Deutschschweiz, auf Lausanne, den Kanton Neuenburg und Genf in der Romandie. 1956, als die Sowjetarmee den Aufstand in Budapest niederkämpfte, begann der nationale Zusammenbruch der moskauhörigen PdA, von dem sie sich nie mehr erholt hat.

Nach 1968 übernahm die Poch die Rolle einer zweiten Linkspartei. Nach respektablen Anfangserfolgen in der Deutschschweiz vertauschten die Progressiven das rote mit dem grünen Leibchen und opferten damit ihre Identität und ihr Ausbaupotential.

Dem Bürgertum steht innenpolitisch einzig die SPS als linke Konkurrenz gegenüber. Bürgerliche Strategie ist es, die Sozialdemokraten mit der kommunistischen Gefahr zu belasten. Die Angst vor Moskau wurde zum wichtigsten Hauptverbündeten der politischen Rechten. Ob SP, Gewerkschaften und Liberale eine Bodenreform, Reichtumssteuer, den Kündigungsschutz für Mieter postulierten; ob sie gegen Atomkraftwerke oder für die Friedensbewegung votierten: immer stand der böse Russe im Hintergrund. «Moskau einfach» avancierte als Aufforderung gegen unbequeme Schweizerinnen und Schweizer zum geflügelten Wort. Es gehört zum Arsenal und Repertoire bürgerlicher Politik, die SP, missliebige Gewerkschafter, die Anti-AKW-Bewegung, Bürgerinitiativen, fortschrittliche Kirchenleute, den WWF und andere Umweltorganisationen, Anti-Apartheid-Gruppen oder die Friedensbewegung als kommunistisch verseuchte Unterwanderer zu diffamieren. Dafür ein Schulbeispiel:
Im Juni 1986 listete FDP-Nationalrat Peter Spälti friedensaktivistische Tätigkeiten auf und erwähnte dabei den von 150 000 Einwohnern der Schweiz unterzeichneten «Appell für Frieden, gegen Atomtod», eine Pressekonferenz der Schweizerischen Friedensbewegung, an der «unter anderem auch eidgenössische Parlamentarier teilnahmen» und offenbar auch «Herr Portugalow anwesend (war), der als aussenpolitischer Vordenker und Stratege der Sowjetregierung bekannt ist». Spälty wollte wissen, wie der Bundesrat «grundsätzlich die Rolle der Sowjetunion im Zusammenhang mit der Schweizerischen Friedensbewegung beurteilt».

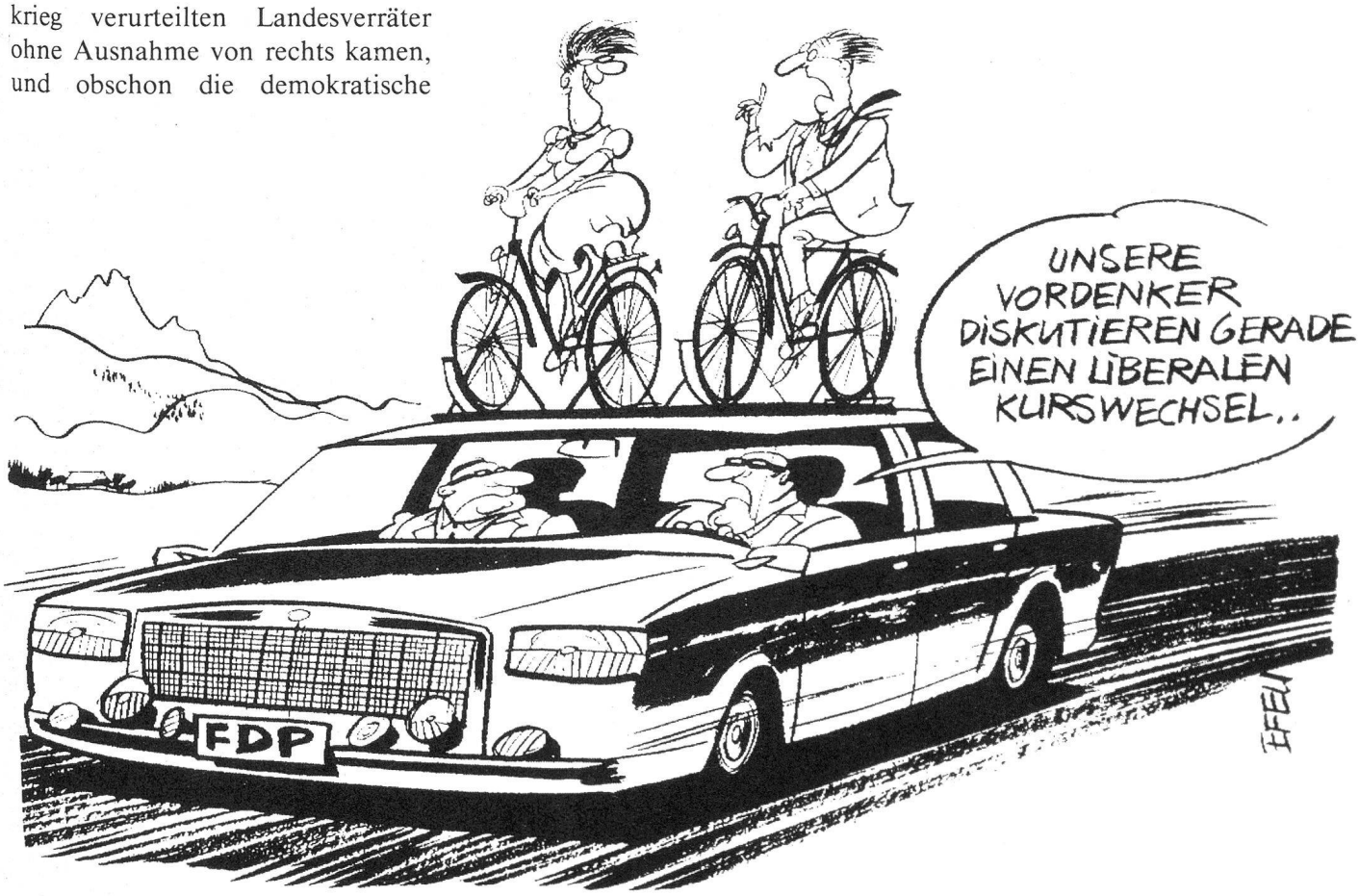
Diese parlamentarische Anfrage erfolgte immerhin schon während der Amtszeit von Michail Gorbatschow in Moskau. Der Bundesrat beantwortete die Anfrage Spälti im September 1986 aber noch immer im Kalten-Krieg-Stil:
«Die Thesen der Schweizerischen Friedensbewegung kommen denjenigen des Weltfriedensrates oder Kommunistischer Parteien nahe. Dass die Sowjetunion daraus den entsprechenden Nutzen zu ziehen versucht, erstaunt angesichts dieser sehr engen Beziehungen kaum.»

Da ist sie, die seit Jahrzehnten praktizierte Diffamierungsstrategie. Wo und wann immer linksdemokratische, liberale, gewerkschaftliche oder sonstwie unbequeme Bürgerinnen und Bürger ihre demokratischen Rechte wahrnehmen, um helvetische Verkrustungen aufzubrechen, eidgenössische Tabus in Frage zu stellen oder Missbräuche mit dem Bankgeheimnis zu eliminieren, sind sie mehr oder weniger als moskauverdächtige Subversive bekämpft und von der Bundesanwaltschaft observiert, registriert und archiviert worden. Auf diese Weise legte die Bupo 900 000 Karteikarten und Fichen an.

Der Antikommunismus ist als politische Waffe primär gegen die SPS und ihr mögliches politisches Um-

feld eingesetzt worden. Das kommunistische Feindbild mit dem Moskauer Markenzeichen wurde – ich wiederhole – zum Hauptverbündeten des hiesigen Bürgertums, das mangels eines äusseren Feindes gegen den inneren Feind eingesetzt worden ist.

Die Verteufelungsstrategie gegen die demokratische Arbeiterbewegung und ihr mögliches Umfeld begann spätestens 1918 mit dem Generalstreik. SP und Schweizerischer Gewerkschaftsbund forderten damals u. a. eine Altersvorsorge, das Frauenstimmrecht und den 8-Stunden-Tag. Dieses soziale Programm wurde als revolutionärer Umsturz etikettiert und mit Militäreinsatz quittiert. Bis zum heutigen Tag, bis der PUK-Bericht vom letzten November das undemokratische Unwesen der Bupo offenlegte, hat sich an dieser Praxis grundsätzlich nichts geändert. Und das, obschon beispielsweise die im Zweiten Weltkrieg verurteilten Landesverräter ohne Ausnahme von rechts kamen, und obschon die demokratische Arbeiterbewegung zu den Hauptstützen gegen Einmischungsversuche von Nazi-Anhängern und gegen Anpassungsversuche an Nazi-Deutschland gehört hat. Mit der Perestroika-Politik von Gorbatschow und mit dem Bankrott der kommunistischen Oststaaten ist dieses Feindbild museumsreif und unbrauchbar geworden.

Perspektiven

Die Sozialdemokratie braucht mit dem abhanden gekommenen Feindbild kommunistischer Prägung nicht freigesprochen zu werden. Die Sozialdemokratie ist damit zu Unrecht über Jahrzehnte stigmatisiert worden. Ihre Idee, dass Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie, ohne Menschenrechte und individuelle Selbstbestimmung pervertiert wird, hat über die kommunistische Diktaturherrschaft gesiegt. Sozialismus ist frei und demokratisch – oder er ist gar nichts. Dieser historische Sieg eröffnet neue Perspektiven für sozialdemokratische Politik. Albert Steck, der das erste Parteiprogramm für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz verfasst hat, erfasste die Grundfrage schon vor bald hundert Jahren: «Der Sozialdemokratie ist der geschichtliche Auftrag erteilt worden, die politische mit der wirtschaftlichen Demokratie zu verbinden, Liberalität und nicht Banken-, Finanz- und Industriemonopole zu verwirklichen, demokratischen Wettbewerb in Gesellschaft und Wirtschaft zu ermöglichen.» Daran hat sie weder der Kommunismus noch der Kapitalismus hindern können. Nur: Das Bemühen darum ist mit dem bankrotten kommunistischen Feindbild leichter geworden. Zu lange konnte es als Waffe gegen die demokratische Linke missbraucht werden.